

## Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

als Landwirtschaftsminister Brunner 2014 in einer Regierungserklärung die **Initiative Ländliche Kernwegenetze** zur Verbesserung der Agrarinfrastruktur ankündigte, schien diese eine vielversprechende Option für viele Kommunen zu sein.

Mit der Initiative sollte eine gemeindeübergreifende und multifunktional angelegte Ertüchtigung des ländlichen Hauptwirtschaftsnetzes erfolgen. Die ist dringend notwendig, schließlich werden landwirtschaftliche Fahrzeuge immer größer und schwerer.

**Das Kernwegenetz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Infrastruktur.** Die Förderung und Anpassung des Kernwegenetzes ist daher für den ländlichen Raum lebenswichtig. **Die Kommunen müssen endlich vom Freistaat Bayern entlastet werden.**

Je nach Förderart sollten hohe Fördersätze von 60 bis 85 Prozent der Gesamtkosten erreicht werden können. Infolge der Ankündigung machten sich viele Kommunen und Integrierte Ländliche Entwicklungen (ILE) an die Planung und Umsetzung. Leider stellt sich nun in der Praxis oftmals heraus, dass die Kommunen in teils erhebliche Vorleistungen für Grunderwerb, Planung, Gutachten, etc. gehen müssen, die von den Förderungen nicht umfasst sind. Dies führt dazu, dass die Förderung der Gesamtkosten vielerorts weit unter 50 Prozent bleibt.



*Prof. (Univ. Lima) Dr.*

*Peter Bauer, MdL*

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,  
Pflege- und Kulturpolitischer Sprecher,  
Frankensprecher*

Besonders für ohnehin finanzschwache Kommunen ist der daraus resultierende hohe Eigenanteil kaum zu bewältigen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert deshalb in einem Dringlichkeitsantrag einen Bericht über Planungs- und Umsetzungsstand der Initiative.

Neben möglichen Fördermitteln für das Kernwegenetz wollen wir auch wissen, ob Fälle bekannt sind, in denen Kommunen nicht geförderte Kosten auf die jeweiligen Anlieger der auszubauenden Kernwege umgelegt haben bzw. umlegen wollen.

**Zusammenfassend kann man sagen: Wieder einmal eine öffentlichkeitswirksame Ankündigungspolitik; herausgekommen ist mehr als heiße Luft.**

## R ü c k b l i c k

Das schwere **Zugunglück von Bad Aibling** hat uns alle erschüttert. Als Politiker sehen wir es als unsere Aufgabe, den Hinterbliebenen nicht nur unser tief empfundenes Mitgefühl auszusprechen, sondern den Betroffenen auch tatkräftige Unterstützung zu gewähren. Wir fordern deshalb eine dauerhafte Hilfe für die Betroffenen. Unserer Auffassung nach soll die Staatsregierung in Kooperation mit den entsprechenden Organisationen dauerhaft eine zentrale Anlaufstelle für Opfer, Angehörige und Rettungskräfte anbieten, die die Betroffenen bei der Bewältigung der Unglücksfolgen, unter anderem durch Vermittlung spezieller Angebote der psychischen und seelsorgerischen Betreuung, unterstützt. Ferner soll die Vermittlung juristischer Unterstützung für die Geltendmachung von Ansprüchen der Betroffenen forciert werden.

Wir fordern die Staatsregierung außerdem auf zu prüfen, inwieweit den Betroffenen in finanzieller Hinsicht geholfen werden kann, z.B. durch die Einrichtung eines Härtefallfonds oder bei der Überbrückung akuter Notsituationen.

Im Jahr 2015 sind über eine Million Menschen nach Deutschland eingewandert. Viele von ihnen werden dauerhaft bleiben und Teil unserer Gesellschaft werden.

Die **Integration** dieser Menschen ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung. Ob der Integrationsprozess gelingt, hängt davon ab, ob die Zuwanderer ihren Platz in der Gesellschaft finden. Die Staatsregierung darf in einer so wichtigen Frage wie der Integration keinen Alleingang unternehmen. Wir fordern sie daher in einem Dringlichkeitsantrag auf, bei der Entwicklung eines Bayerischen Integrationsgesetzes die Beteiligung der Verbände, vor allem der im bayerischen Integrationsrat vertretenen Verbände, im ausreichenden Maß sicherzustellen.

Außerdem wollen wir dafür zeitnah eine **Expertenanhörung** zum Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes im Sozial- und Verfassungsausschuss anberaumen. Eine Anhörung hat den großen Vorteil, dass die Abgeordneten ein konkretes Fragerecht besitzen – was bei der regulären Verbändeanhörung nicht der Fall ist.

Die „Refugee Card“ ist ein Erfolgsmodell aus dem Landkreis Altötting. Dort wurde die **elektronische Einkaufskarte für Asylbewerber** vor rund drei Monaten als Ersatz für das bar ausgezahlte Taschengeld eingeführt. Altötting ist bislang der einzige Landkreis im Freistaat Bayern, in dem es diese Karte gibt. Das soll nicht so bleiben. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion plädieren wir dafür, die elektronische Einkaufskarte flächendeckend zu etablieren. Wir sehen in diesem Modell die perfekte Lösung dafür, die eingesetzten Steuergelder gezielt für den Lebensunterhalt von Asylbewerbern einzusetzen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem stellvertretenden Landrat von Altötting, Konrad Heuwieser (FREIE WÄHLER), haben wir den Medienvertretern erläutert, wie die Einkaufskarte in der Praxis funktioniert.

Die Refugee Cards werden nur an Asylbewerber ausgegeben, die in Gemeinschaftsunterkünften leben. Sobald Asylbewerber in die Unterkünfte kommen, erhalten sie die Karte, die mit maximal 145 Euro aufgeladen ist. Dieser Betrag ist für einen Monat ausgelegt und soll dafür sorgen, dass das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum gesichert ist, d.h. mit der Karte können zum Beispiel Handykarten, Kurse oder auch Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel bezahlt werden. Rund 200 Karten sind bisher an Asylbewerber ausgegeben worden, mit denen können diese in 18 verschiedenen Geschäften einkaufen.

Droht den **alternativen Therapiemöglichkeiten in der Tierhaltung** bald eine unnötige Bürokratisierung? Davon ist auszugehen, wenn dem Verordnungsentwurf für Tierarzneimittel (2014)COM 558 in der vorliegenden Fassung zugestimmt wird. Wir fordern die Staatsregierung daher in einem Dringlichkeitsantrag auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Behandlung mit komplementär- und alternativmedizinischen Arzneimitteln (z.B. Phytotherapie, Homöopathie u.a.) gegenüber einer Behandlung mit chemisch-synthetischen Arzneimitteln nicht dadurch erschwert wird, dass für ersteres eine Rezeptpflicht eingeführt wird.

Die Verordnung kann dazu führen, dass eine Vielzahl von Medikamenten pflanzlichen Ursprungs vom Markt verschwindet oder künftig nur noch über den Tierarzt erhältlich ist. Landwirte könnten auf diese Weise wichtige, natürliche Therapiemöglichkeiten für ihre Nutztiere verlieren – das möchten wir verhindern!

Bei ihrem Parlamentarischen Abend „Den Rettern den Rücken stärken“ wollte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wissen, wie die Landespolitik Rettungskräfte bei der Bewältigung ihrer Aufgaben besser unterstützen kann. Mit einem Berichtsantrag fassen wir nun nach. Wir wollen von der Staatsregierung wissen, welche **Straftaten 2015 gegen Rettungskräfte** verübt wurden. Allein das Bayerische Rote Kreuz berichtet nämlich schon von 180 Fällen im Jahr 2015, in denen Rettungskräfte verbal oder körperlich angegriffen wurden. Diese besorgniserregende Entwicklung darf nicht länger ignoriert werden.

## V o r s c h a u

In der nächsten Plenarwoche findet ein **Fachgespräch** der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit **Dr. Thomas Petri, dem bayerischen Datenschutzbeauftragten**, statt. Wir werden dabei aktuelle Probleme des e-health-Gesetzes erörtern. Insbesondere wollen wir die Probleme im Zusammenhang mit der elektronischen Gesundheitsakte beleuchten.

Und noch etwas: Besuchen Sie die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auf der **Passauer Frühlingsmesse** vom 5. – 13. März 2016 und lernen Sie unsere Abgeordneten und unsere politische Arbeit im persönlichen Gespräch kennen.

Sie finden uns in Halle 8, Eckstand Nr 827. Wir freuen uns auf Sie!

## Regionales

### Spendenübergabe in Flüchtlingsunterkunft

Dr. Peter Bauer durfte die Spendenübergabe eines engagierten Bürgers begleiten. 30 Sprachbücher wurden am Rande eines Sprachkurses der SonnenZeit Freiwilligenagentur e. V. in der Ansbacher Beckenweiherturnhalle übergeben.



Vielen Dank an die SonnenZeit Freiwilligenagentur e.V. für die Bereitstellung des Fotos.



## Impressum

---

Marco Meier  
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Frankensprecher  
Pflegepolitischer Sprecher  
Kulturpolitischer Sprecher  
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag  
Weinbergstr. 47  
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585  
Fax: 09827 - 207586  
E-mail: [peter.bauer@fw-landtag.de](mailto:peter.bauer@fw-landtag.de)

Internetseiten: [www.frankensprecher.de](http://www.frankensprecher.de)  
[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)  
[www.fw-bayern.de](http://www.fw-bayern.de)

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>  
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)  
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



**Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)**

---